

➤ Ein Jahr „GroKo“ in Deutschland mit miserablen Umfragewerten ➤ Warum es

„Kein Mensch will eine Große

Zu ihrem ersten Geburtstag schlägt der Großen Koalition in Berlin großer Unmut entgegen, daran ändern auch immer noch brillante Wirtschaftsdaten nichts. In Österreich, wo ebenfalls im Herbst 2017 gewählt wurde, ist die Regierung indes trotz negativer Budgetbilanz beliebt. Woran liegt das? Die „Krone“ hat nachgefragt.

Dieser Tage feierte die Große Koalition in Deutschland ihr Einjähriges – und zwar mit fulminanten Wirtschaftsdaten: Allein der Bund produzierte 2018 rund elf Milliarden Euro Überschuss, es ist dies übrigens der fünfte in Serie. Die deutsche Wirtschaft wuchs zum neunten Mal in Folge. Und die Arbeitslosenzahl ist so niedrig wie noch nie seit der Wiedervereinigung.

Doch irgendwie wird all das nicht bejubelt: Laut Umfragen sind gerade einmal 30 (!) Prozent der Deutschen mit der Regierungsarbeit zufrieden, 70 Prozent fehlt ein gemeinsamer Kurs von Union und SPD.

Währenddessen in Österreich: 60 Prozent sind mit der Regierung zufrieden, die FPÖ liegt leicht unter ihrem Ergebnis von 2017, und die ÖVP legte gar zu. Laut einer „profil“-Umfrage vom Wochenende würden vier von zehn Österreichern Kurz direkt zum Kanzler wählen, so dies denn ginge. Und das,

„Volkswirtschaftliche Erfolge gelten für den Wähler nur, wenn man ihm auch erklären kann, dass es ihm besser geht. Das misslingt in Deutschland.“

Politikwissenschaftler Peter Filzmaier

obwohl die hiesigen Wirtschaftsdaten mit den deutschen kaum mithalten können, trotz Hochkonjunktur wurden 2018 neue Schulden gemacht. Wie gibts's das?

„Entweder Abtausch oder Kompromiss“

„Es ist eigentlich simpel“, sagt Politikwissenschaftler Peter Filzmaier. Der Hauptgrund für Zufriedenheit hier und Unzufriedenheit dort sei die Große Koalition per se: „Das Dilemma einer Ehe zwischen Mitte-Rechts-Parteien und Mitte-Links-Parteien ist, dass der gemeinsame Nenner klein ist. Das sah man in Österreich bis 2017, jetzt sieht man es in Deutschland.“ Da bleibe letztlich nur „Abtausch oder Kompromiss – beides ist nicht sehr beliebt in der Bevölkerung“, so Filzmaier.

Auch der renommierte

Politikberater Thomas Hofer sieht die Koalition aus SPÖ und ÖVP, die auf größerer Ebene nur noch die Steirer haben, als „grundsätzlich bleiern“. Salzburgs Landeshauptmann Wilfried Haslauer (ÖVP) drückte es gestern in einem Interview so aus: „Kein Mensch will eine Große Koalition.“

Denn man war es in Österreich gewohnt, „dass der eine dem anderen nichts gönnt und Interessen grundsätzlich konkurrieren“, so Hofer. Dies sei unter Türkis-Blau anders: „Die ÖVP

„Eine Große Koalition ist, sofern es nicht um wirklich große Fragen geht, immer ein Stimmungskiller. In der Wahrnehmung entsteht automatisch Lethargie.“

Politikberater Thomas Hofer

In puncto ORF und Budget taten sich zwischen Finanzminister Löger (li.) und seinem blauen Staatssekretär Fuchs Differenzen auf: Fuchs will nämlich die ORF-Gebühren abschaffen und erwartet doch ein Defizit.



Mehr Infos auf krone.at

➤ FPÖ macht jetzt

Kampf

Die FPÖ macht in der Regierung massiv Druck für eine Streichung der ORF-Gebühren. Das bestätigte nun auch der blaue Finanzstaatssekretär Hubert Fuchs in der „Pressestunde“. Doch die Idee der Steuerfinanzierung des Rundfunks stößt in der ÖVP auf Skepsis – denn dies würde das Budget mit Hunderten Millionen Euro pro Jahr belasten.

Soll der ORF wie bisher über Gebühren finanziert werden oder doch aus dem allgemeinen Steuertopf?

Die FPÖ hat in dieser Frage eine klare Meinung, das

FRAGE DES TAGES

Statt GIS-Gebühren: Soll der ORF aus dem Budget finanziert werden?



KRONE.AT-VOTING 24.003 TEILNEHMER, Stand 20 Uhr



EHRlich GESAGT

HERR NIMMERWURSCHT

Vielleicht sollten die 27 Staaten aus der EU austreten und die Briten alleine zurücklassen.

für Kurz & Co. viel besser läuft

Koalition“

versucht, die FPÖ leben zu lassen. Die Leute haben das Gefühl, dass es eine gemeinsame Agenda gibt – die kann man nun gut oder schlecht finden, aber in eher unsicheren Zeiten kommt eine klare Kante gut an.“

Ohne Polit-Marketing helfen Fakten nichts

Vor allem aber zeige der Ländervergleich: „Wenn's toll rennt, hilft das nichts, wenn du nicht gut kommunizierst“, sagt Hofer. Filzmaier sieht hierbei die Wichtigkeit der „Politik der Gefühle“, die Türkis-Blau so beherzt betreibe. „Es ist immer noch ein wesentlicher Erfolgsfaktor, dass nicht gestritten wird.“ Ein jähes Ende der Reibungs-

Legte in der Kanzlerfrage zuletzt einmal mehr zu: ÖVP-Chef Sebastian Kurz.

losigkeit erwartet er nicht: „Denn die meisten Minister sitzen ja von Kurz' Gnaden in der Regierung.“ KK



Foto: Dostal/Harald

Druck für Abschaffung ➤ ÖVP bremst aus Kostengründen

um die ORF-Gebühren

bestätigte ihr Finanzstaatssekretär Hubert Fuchs in der „Pressestunde“: „Es ist ein starker Wunsch der FPÖ, die Gebühren abzuschaffen.“ Fuchs weiter: „Wir sind dazu da, die notwendigen Mittel, falls das Ganze aus dem allgemeinen Budget finanziert werden soll, entsprechend bereitzustellen.“

Die Summe dürfte sich übrigens auf rund 700 Millionen Euro pro Jahr belaufen. Und genau das ist der Grund, warum Finanzminister Löger (ÖVP) das blaue Begehrt mit Blick auf das angepeilte und ohnehin heuer schwer zu erreichende Nulldefizit äußerst kritisch sieht. Doch Fuchs kann sich

eine Verknüpfung mit der immer noch nicht präsentierten Steuerreform vorstellen: „Auch ein Abschaffen der ORF-Gebühren wäre ja eine Entlastung.“

Und es war dies nicht der einzige heikle Sager, den der selten öffentlich auftretende Blaue losließ: So kündigte Fuchs an, dass Türkis-Blau

nach sogenannten „Maastricht-Kriterien“ – sprich: inklusive Ländern und Gemeinden – wohl auch 2019 neue Schulden machen wird. Aus Lögers Umfeld hieß es danach allerdings sofort, dass dies so nicht korrekt sei, man rechne weiterhin für das laufende Jahr mit einem Budgetplus.

➤ Konrad übt Kritik

Ex-Raiffeisen-Boss Christian Konrad kritisierte einmal mehr die Asylpolitik der türkis-blauen Regierung. Die FPÖ tue so, „als wären alle, die zu uns kommen, Verbrecher – aber das ist nicht wahr“, so Konrad.

➤ Hacker gegen Pläne

Wiens Sozialstadtrat Peter Hacker (SPÖ) hält den Plan, die Asyl-Rechtsberatung zu verstaatlichen, für eine „Verhöhung des Rechtsstaates“. Er glaubt, dadurch soll die Beratung geschwächt werden.

Thema des Tages



CLAUS PÁNDI

Im Windschatten

Schön, dass Sie heute wieder zur „Krone“ gegriffen haben. Wir haben uns auch gestern, Sonntag, wie stets bemüht, eine gute Zeitung zu machen. Wir wollen dabei nicht bloß Nachrichten übermitteln, sondern Orientierung in einer zunehmend unübersichtlicheren Welt geben.

So macht das die Redaktion seit jetzt bald sechs Jahrzehnten. Und auch schon über einen fast ebenso langen Zeitraum als Nummer 1 auf dem heimischen Zeitungsmarkt.

Diese ganz besondere, auch durch unsere wirtschaftliche Unabhängigkeit abgesicherte Stabilität bringt eine außergewöhnliche Verantwortung mit sich. Auch für unsere seriösen Mitbewerber in einem immer mehr Begehrlichkeit von äußeren Kräften ausgesetzten Markt.

Bei allen oft unterschiedlichen Sichtweisen sind die in Konkurrenz zueinander stehenden österreichischen Verlage durch ein gemeinsames Interesse schicksalhaft miteinander verbunden: der Bewahrung der Pressefreiheit.

Diese wichtige Errungenschaft unserer Demokratie ist heute in ernster Gefahr. Nicht durch gewaltsame Maßnahmen irgendwelcher Machthaber. Die Pressefreiheit gerät vielmehr subtiler von vielen Seiten unter Druck. Einerseits durch eine personell und ökonomisch hochgerüstete politische PR-Maschinerie. Andererseits durch internationale IT-Konzerne wie Facebook und Google, denen wenig an unserem Land, aber viel am schnellen Profit liegt.

Und im Windschatten der globalen Giganten wittern nun auch noch andere Goldgräber ihre Chance.